

Die Brexit-Gipfelshow 23.02.2016



BERLIN/LONDON (Eigener Bericht) - Berlin beurteilt die Ergebnisse des Brüsseler "Brexit"-Gipfels Ende letzter Woche weitgehend positiv und dringt weiterhin auf Londons Verbleib in der EU. Im Windschatten der britischen Forderungen, Sozialleistungen für EU-Ausländer zu kürzen, konnte die Bundesregierung ihr Ziel durchsetzen, das Kindergeld für Arbeitskräfte aus Ost- und Südosteuropa erheblich zu verringern; von Einsparungen im deutschen Etat in dreistelliger Millionenhöhe ist die Rede. Die übrigen Zugeständnisse an London bleiben weitestgehend symbolischer Art und daher folgenlos; zudem ist unklar, ob sie vor der EU-Justiz Bestand haben werden. Die "Gipfelchoreographie", die Berichten zufolge gezielt inszeniert wurde, um die inhaltsarmen Resultate des Treffens der britischen Öffentlichkeit als Verhandlungserfolg ihres Premierministers verkaufen zu können, wurde eingehalten: Nächtliche Debatten und hektische Auftritte eines angespannt wirkenden David Cameron suggerierten erbitterte Machtkämpfe über Beschlüsse, die in Wirklichkeit im Kern längst feststanden. Berlin ist vor allem aus militärischen und aus ökonomischen Gründen am Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU interessiert.

Folgenlose Beschlüsse

Das Ergebnis des Brüsseler Gipfels wird in Berlin im Rückblick durchaus positiv beurteilt. Die Gipfelbeschlüsse sind - fern davon, Großbritannien die eigentlich geforderten Sonderrechte einzuräumen - entweder weitgehend folgenlos oder helfen der Bundesregierung bei der Umsetzung eigener Vorhaben. So hieß es schon vorab über das - auf Camerons Drängen auf dem Gipfel explizit bestätigte - Vorhaben, die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft zu stärken, in Brüssel habe man sich dieses Ziel "schon so oft gesetzt, dass es auf einmal mehr auch nicht ankommt".[1] Über die Zusicherung, Großbritannien, das der Eurozone nicht angehört, werde von den Entscheidungen der Eurostaaten keinen Nachteil hinnehmen müssen, war zu lesen, das "bestätig[e] nur die Praxis der Eurokrise". Dass dem Vereinigten Königreich offiziell eingeräumt wurde, die in den Europäischen Verträgen als Langzeitziel festgelegte "immer engere Union" nicht anstreben zu müssen, ist ebenfalls lediglich eine Bekräftigung des Status Quo. Dabei ist nicht klar, ob die Bekräftigung vor der Justiz Bestand haben wird: Schließlich läuft sie ihrem Wortlaut nach den übergeordneten Europäischen Verträgen zuwider.

Kindergeld gekürzt

Soweit die Gipfelbeschlüsse allerdings nicht folgenlos sind und den Zugang von EU-Ausländern zu Sozialleistungen einschränken, sind sie von der Bundesregierung ausdrücklich befürwortet und sogar ausgeweitet worden. Wie deutsche Medien aufmerksam notieren, hatte EU-Ratspräsident Donald Tusk die von London geforderten Einschränkungen "faktisch in eine 'Lex Cameron'" fassen und damit sicherstellen wollen, dass sie auf Großbritannien reduziert bleiben. Damit ist er an Bundeskanzlerin Angela Merkel gescheitert. Hintergrund ist, dass die Bundesrepublik laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Sommer 2012 den zahlreichen Migranten vor allem aus Ost- und Südosteuropa, die in Deutschland arbeiten und Steuern wie auch Sozialabgaben zahlen, das ihnen zustehende Kindergeld nicht verweigern darf - auch dann, wenn ihre Lebensverhältnisse es nicht zulassen, ihre Familien aus ihrem Herkunftsland in die Bundesrepublik zu holen. Berlin ist seit Jahren daran interessiert, das Kindergeld nun zumindest an den Betrag anzupassen, der am Wohnsitz des Kindes üblich ist; weil in Ost- und Südosteuropa niedrigere Summen gezahlt werden, erhofft sich die Bundesregierung ein Sparpotenzial von bis zu 200 Millionen Euro pro Jahr.[2] Die Kindergeld-Kürzung ist bei den ost- und südosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten aus naheliegenden Gründen unpopulär und erfordert eine Änderung des EU-Rechts. Die britische Drohung mit dem EU-Austritt hat es Berlin ermöglicht, diese Änderung durchzusetzen - und das, weil Premierminister David Cameron mit der unpopulären Forderung weit vorpreschte,

ohne das eigene Image zu beschädigen.

Lohnzuschüsse gestrichen

Lediglich die von Cameron durchgesetzte Möglichkeit, EU-Ausländern staatliche Lohnzuschüsse vorzuenthalten, wird die Bundesrepublik nicht anwenden können. Die Option, bis zu sieben Jahre lang die Zahlung von Lohnzuschüssen an Migranten aus der EU zu verweigern, ist in Brüssel nur denjenigen EU-Ländern zugestanden worden, die unmittelbar nach der EU-Osterweiterung den Bürgern der neuen Mitgliedstaaten volle Freizügigkeit gewährten.[3] Während Großbritannien dies tat, hat Deutschland die Freizügigkeit für Menschen aus Osteuropa sieben Jahre lang strikt eingeschränkt und damit quasi vorab staatliche Lohnzuschüsse eingespart, die das Vereinigte Königreich ab 2004 prinzipiell zahlte, laut den Beschlüssen des Brüsseler Gipfels nun aber seinerseits für bis zu sieben Jahre einschränken darf. Allerdings muss London sich die Maßnahme von der EU-Kommission und vom Europäischen Rat genehmigen lassen, weshalb ihre Umsetzung als zumindest ungewiss gilt. Berlin arbeitet seinerseits inzwischen auf nationaler Ebene daran, erwerbslosen EU-Ausländern nach Möglichkeit selbst den Bezug von Sozialhilfe zu streichen [4]; die Verweigerung von "Hartz IV"-Leistungen wurde bereits im vergangenen Jahr für legal erklärt [5].

40 Milliarden Überschuss

Herrscht in Berlin weitgehend Zufriedenheit mit den Brüsseler Gipfelbeschlüssen, so bleibt die Sorge über einen möglichen EU-Austritt Großbritanniens bestehen. Die Hintergründe sind unter anderem militärischer Art. Das Vereinigte Königreich sei zur Zeit neben Frankreich die einzige wirklich bedeutende Militärmacht in der EU, stellte vergangenes Jahr - übereinstimmend mit der allgemeinen Auffassung internationaler Militärexperten - der European Council on Foreign Relations (ECFR) exemplarisch fest.[6] Entsprechend gilt es Berliner Politstrategen als nahezu unabdingbar, die britischen Streitkräfte in eine künftige EU-Armee einzuspannen.[7] Hinzu kommen bündnispolitische Erwägungen: Zentrifugale Kräfte in der krisengeschüttelten EU erhielten durch einen "Brexit" erheblichen Auftrieb.[8] Besonders schwer wiegt freilich, dass die exportabhängige deutsche Wirtschaft von der britischen EU-Mitgliedschaft in herausragendem Maße profitiert. Während der Anteil der Ausfuhren in die Eurozone in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken ist, ist der Anteil der Exporte nach Großbritannien deutlich gestiegen - 2015 laut Angaben des Statistischen Bundesamts um rund 14 Prozent.[9] Das Vereinigte Königreich ist inzwischen drittgrößter Käufer deutscher Produkte nach den USA und Frankreich; deutsche Unternehmen konnten bereits im Jahr 2014 ein Außenhandelsplus gegenüber Großbritannien von über 40 Milliarden Euro erzielen. Das Land trägt damit mehr als jedes andere außer den Vereinigten Staaten zur Anhäufung von Wohlstand in Deutschland bei.

Die Gipfelchoreographie

Wegen des starken deutschen Interesses an einer fort dauernden EU-Mitgliedschaft Großbritanniens hat Berlin hohen Wert auf die äußere Gestaltung des Brüsseler Brexit-Gipfels gelegt. Der Grundgedanke ist in der Presse ausführlich beschrieben worden. Premierminister David Cameron werde nur dann erfolgreich für den Verbleib in der EU werben können, wenn er den britischen Wählern die weitgehend folgenlosen Gipfelbeschlüsse als großen Erfolg verkaufen könne, hieß es vor der Zusammenkunft immer wieder; entscheidend sei die "Gipfelchoreographie" - dass Cameron "die Bühne" bekomme, "die er braucht, um seinen Wählern glaubhaft zu versichern, dass er wie ein Löwe gekämpft und sich am Ende durchgesetzt hat".[10] "Notwendig dazu wäre eine klassische Gipfelinszenierung", hieß es: "eine die ganze Nacht andauernde, kurz vor dem Scheitern stehende Krisensitzung, der im Morgengrauen die Einigung im letzten Moment folgt - mit Cameron als strahlendem Sieger, der seinen Wählern einen Triumph verkünden und so seine Kritiker Lügen strafen könnte".[11] Ähnlichkeiten mit dem tatsächlichen Verlauf des Brüsseler Gipfels sind unübersehbar. Premierminister Cameron müsse nun dafür sorgen, dass die britische Bevölkerung im Referendum am 23. Juni auch wirklich mehrheitlich für den Verbleib in der EU votiere, heißt es in Berlin. Der Ball liegt nun bei den EU-orientierten Kreisen in London.

[1] Werner Mussler: Alle wollen Camerons Erfolg. Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.02.2016.

[2] 1 Milliarde Euro Kindergeld für Ausländer. Frankfurter Allgemeine Zeitung 12.05.2014.

[3] Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel am 19. Februar zum Abschluss des Europäischen Rats in Brüssel.

[4] Merkel will Sozialleistungen für EU-Ausländer beschränken. www.zeit.de 07.01.2016.

[5] Arbeitslose EU-Ausländer können meist Sozialhilfe verlangen. Frankfurter Allgemeine Zeitung 04.12.2015.

[6] Mark Leonard: The British problem and what it means for Europe. European Council on Foreign Relations Policy Brief, March 2015. S. dazu [Die Brexit-Debatte](#) .

[7] S. dazu [Deutsches Europa](#) .

[8] S. dazu [Die Quittung](#) .

[9] Anja Ettl: Warum der Exportrekord kein Grund zum Feiern ist. [www.welt.de](#) 09.02.2016.

[10] Die ganze Bühne für Cameron. Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.02.2016.

[11] Werner Mussler: Alle wollen Camerons Erfolg. Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.02.2016.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com